Energiewende, Teil 1: Die künstliche Stromverteuerung

geschrieben von Dr. K.p. Krause | 2. Juni 2011

Eine späte und wohl zu späte Warnung

Bisher allerdings ist EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit solcher Warnung alles andere als aufgefallen. Immerhin, auch späte Einsicht in bislang unterdrückte oder ungern wahrgenommene Tatsachen schändet nicht. Wenn jetzt also von amtlicher Seite endlich ebenfalls vor gewaltiger Stromverteuerung gewarnt wird, dann ist das drohende Unheil erst recht ernst- und die Warnung vor ihm als umso dringlicher wahrzunehmen. Freilich kommt sie spät, wohl auch schon zu spät, denn die besagte Wende ist in Deutschland politisch längst beschlossene Sache, nicht erst nur geplant. Und auf den CO2-Wahn und den Unsinn „Klimaschutz“ sind auch viele andere Länder abgefahren.

Ein mächtiges Interessenkartell

Zu denen, die vor drastisch steigenden Strompreisen und damit den schweren Folgen der unverantwortlichen Energiepolitik der scheinbar Öko-Bewegten schon immer warnen, gehört auch die Aktionsgruppe fachkundiger Bürger, die sich Nationale Anti-EEG-Bewegung (Naeb) nennt (www.naeb.info). Ihrem Vorstand gehöre auch ich an. Die Naeb wendet sich gegen die Subventionierung von Strom aus Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen, wie sie im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verankert ist und dadurch für die Hersteller und Betreiber solcher Anlagen wie eine Gelddruckmaschine wirkt. Profiteure sind ferner die Banken, die diese Investitionen finanzieren, und der Staat mit seinen Politikern, die sich in zusätzlichen Steuereinnahmen sonnen. Gegen dieses mächtige Interessenkartell kommen wir nur an, wenn sich immer mehr Bürger gegen diese künstliche Stromverteuerung auflehnen und bei der Naeb mitmachen.

Eine zweimalige Verdoppelung des deutschen Strompreises

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Strompreise in Deutschland für private Endverbraucher von 11 auf über 23 Cent je Kilowattstunde (kWh) mehr als verdoppelt. Der von der Bundesregierung beschlossene Ausbau der „erneuerbaren Energien“ bis zum Jahr 2020 wird den Strompreis auf über 50 Cent hochtreiben, also zu einer mehr als weiteren Verdopplung führen. Das ist auch das, was Kommissar Oettinger meint. Denn Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Regierung haben beschlossen, die Versorgung mit sogenannter erneuerbarer Energie noch schneller auszuweiten und noch stärker mit Subventionierung zu füttern, um die Kernkraftwerke ganz aufgeben zu können. Bis 2020 sollen 40 Prozent unseres Stromes aus „erneuerbaren“ (korrekt: dauerhaften) Quellen kommen. In weiteren

Zwischenschritten ist vorgesehen, den Anteil bis 2050 auf 80 Prozent zu erhöhen, denn auch Strom mittels Kohle und Gas soll es letztlich nicht mehr geben.

Sehr viele werden ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können

Davor, was dies für unser Land und die Menschen hier bedeutet, haben wir auch in unserer jüngsten Naeb-Mitteilung gewarnt: Der Strompreis wird bis 2020 für die privaten Endverbraucher von heute rund 24 Cent auf über 50 Cent je kwh steigen. Und der Strompreis für die Industrie klettert von heute etwa 12 auf deutlich über 20 Cent. Nicht eingerechnet ist ein schnelles Abschalten der Kernkraftwerke, was einen weiteren Kostenschub bringen wird. Die absehbare Folge: Millionen Haushalte (Hartz-4-Empfänger, Normalrentner und Geringverdiener) werden ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. Millionen von Arbeitsplätzen in der energieintensiven Industrie werden in Länder mit geringeren Energiekosten verlegt, die den deutschen Sonderweg, aus der Kernkraft auszusteigen, nicht mitgehen. Der noch schnellere deutsche Ausstieg aus der Kernenergie, als im Energiekonzept vom 28. September 2010 geplant, wird den Strompreisanstieg in Deutschland beschleunigen und eine bedarfsgerechte Stromversorgung nicht mehr sichern.

Warum das so kommt

Womit belegen wir das? Die Vergütung des „Ökostromes“ nach dem EEG beträgt für das Jahr 2010 durchschnittlich 15,5 Cent je kwh (Erfahrungsbericht des Bundesumweltministeriums vom 3. Mai 2011). Dies ist das Vierfache der Herstellkosten der konventionellen Stromerzeugung von rund 4 Cent je kwh. Durch die geplante massive und gigantische Ausweitung der Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee (offshore-Windstrom) und Photovoltaik muss der Preis des Ökostroms zwangsläufig weiter stark steigen, denn dieser „Windstrom“ ist noch teurer als der an Land (onshore). In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass die Öko-Abgabe von rund 13 Milliarden 2010 auf über 30 Milliarden Euro 2020 hochgetrieben wird. Diese Abgabe müssen vorwiegend die privaten Haushalte zahlen, weil die Industrie teilweise von ihr ausgenommen ist.

Zusatzbelastung für Privathaushalte 1000 Euro im Jahr

Damit kommt auf die Haushalte eine Zusatzbelastung von rund 1000 Euro im Jahr zu. Zu einem Drittel findet sie sich auf ihrer Stromrechnung wieder. Die anderen zwei Drittel schlagen sich in der Verteuerung aller Produkte und Dienstleistungen nieder, weil auch sie auf Strom angewiesen sind. Hinzu kommen noch die heute nur ansatzweise geschätzten 40 Milliarden Euro für Investitionen in neue Stromnetze, die ausschließlich wegen des „Ökostroms“ notwendig werden. Überlandleitungen haben einen Stromverlust von 1 bis 2 Prozent je 100 Kilometer. Das treibt den der Strompreis ebenfalls hoch. Außerdem verunstalten sie die Landschaft noch zusätzlich.

Wie Autofahren mit Kabrio und Limousine gleichzeitig

Für eine sichere Energieversorgung müssen konventionelle Kraftwerke mit der gleichen Leistung wie die Ökoanlagen immer bereit stehen, um einzuspringen, wenn der Wind ausfällt oder die Sonne nicht scheint. Durch den steigenden Ökostromanteil wird weniger preiswerter konventioneller Strom produziert, aber bei konstanten Festkosten. Somit steigt auch der Preis für Strom, der aus diesen „Schattenkraftwerken“ kommt. Wir leisten uns also eine doppelte Infrastruktur für die Stromerzeugung und –verteilung, die unser Land an den Abgrund bringen wird. Das ist so, als würde man bei schönem Wetter eine Fahrt mit einem Kabriolett antreten, aber eine Limousine mit Fahrer folgen lassen, damit man bei einem Wetterumschwung ohne Probleme sofort weiter fahren kann. Ganz schöner Unsinn, nicht wahr?

Oettinger: Grund für eine schleichende Deindustrialisierung

Aber mit der „Öko-Energie“ leisten wir uns so einen Luxus, obwohl wir ihn uns nicht leisten können und dürfen. "Der Strompreis,“ so hat Kommissar Oettinger seine Warnung noch ergänzt, „kann ein Grund für eine schleichende Deindustrialisierung sein.“ Der Strompreis sei in Deutschland politisch bestimmt. Dabei verwies er unter anderem auf die Konzessionsgebühren und die EEG-Abgaben. Recht hat er. Aber noch im Januar hat er eine europaweite Einspeisevergütung nach dem Muster des unsozialen deutschen EEG vorgeschlagen; das sei auch ein sinnvolles Instrument, um das Sahara-Solarstrom-Projekt Desertec voranzubringen. Nein, beides ist eine irrige Idee. Wieder einmal soll die Welt am deutschen Wesen genesen.

Bitte mal durchzählen

Sind Sie sich darüber im Klaren, dass die privaten Haushalte 50 bis 60 Elektrogeräte haben und dafür eine stets verfügbare Stromversorgung brauchen? Sie glauben das nicht? Dann zählen Sie bei sich zuhause doch mal durch. Ich selbst habe mich auch gewundert, was da alles zusammenkommt. Und glauben Sie, dass diese Haushalte aus purer Begeisterung für „erneuerbaren“ Strom und für vorgebliche CO2-Einsparung zwecks behaupteten „Klimaschutzes“ Stromausfälle hinnehmen und der politischen Führung dafür dankbaren Beifall spenden? Schwer vorstellbar.

Die EEG-Subventionen abschaffen

Schuld an dieser Entwicklung ist maßgeblich das „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG). Es schreibt Einspeisevergütungen für Wind-, Solar- und Biostrom vor, die deutlich über den Börsenpreisen für Strom liegen. Dieses Gesetz entspringt dem Denken in Kategorien einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft. In die freie und soziale Marktwirtschaft, in der sich Preise nach Angebot und Nachfrage bilden, passt das Gesetz nicht hinein, es ist ein Fremdkörper. In einer solchen Marktwirtschaft müsste die Stromerzeugung aus „erneuerbaren Energien“ erst noch

wesentlich weiter entwickelt und verbilligt werden, um wettbewerbsfähig zu sein. Dies wird durch die überhöhten und für den Betreiber überaus profitablen Einspeisevergütungen, die das EEG für zwanzig Jahre lang garantiert, verhindert. Wir als Naeb fordern daher, diese EEG-Subventionen abzuschaffen. Fordern Sie mit.

Und bitte merken: Der Grund für die drastische Verteuerung des Stroms ist nicht das Abschaltung der Kernkraftwerke, sondern der gewaltige Ausbau der Stromerzeugung durch Wind- und Solarkraft. Aber Politiker, andere Profiteure sowie willfährige Medien versuchen diesen Eindruck zu erwecken. Sie unterdrücken die Tatsachen oder reden sie klein. Lassen Sie sich nichts vormachen.

Autor Dr. Hans-Peter Krause 31. Mai 2011

zuerst erschienen bei eigentümlich frei